

Laibacher Zeitung.

Nr. 51.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. R. 11, halbj. R. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 fr. Mit der Post ganzl. R. 15, halbj. R. 7.50.

Montag, 2. März

Insertionspreis die 10 Zeilen: 1mal 60 fr., 2mal 80 fr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 fr., 2m. 8 fr., 3m. 10 fr. u. f. w. Insertionskempel jeden. 30 h.

1868.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 25. Februar d. J. den Beisitzer erster Classe bei der Comitatsgerichtstafel in Krems Alexander v. Fodroczy zum provisorischen Präses dieser Gerichtstafel allergnädigst zu ernennen geruht.

Der Minister für Cultus und Unterricht hat den Supplenten am Realuntergymnasium zu Curzola Alois Trevisan zum wirklichen Lehrer an dieser Lehranstalt ernannt.

Für die Botivkirche in Wien sind im Wege des k. k. Bezirksamtes Pittai nachstehende Beträge eingegangen, und zwar:

Vom Herrn	Bezeichnung	fl.	kr.
Alexander Grafen Auersperg, k. k. Bezirksvorsteher		5	—
" " Franz Sertić, k. k. Bez.-Commissär		1	—
" " Dr. Victor Skrabar, k. k. Bez.-Arzt		1	—
" " Josef Pogar, k. k. Bezirksrichter		1	—
" " Johann Küller, k. k. Bez.-Gerichtskanzlist		—	50
" " Johann Terpin, k. k. Notar		1	—
" " Joh. Elsner, k. k. Steuereinnnehmer		1	—
" " Anton Vidig, k. k. Steueramts-Controlor		1	—
" " Wilhelm Lufesch, k. k. Steueramts-Assistent		1	—
" " Martin Zeretin, Diurnist		—	20
" " Mathias Nöthl, Amtdiener		—	20
" " Alois Kobler, Gemeindevorsteher		2	—
" " Wenzel Nittl, Sections-Ingenieur		1	—
" " Eduard Peterzik, Stations-Chef		1	—
" " Mart. Raspotnik, Stationsaufseher		—	20
" " Eduard Kof, k. k. Postexpeditor		—	20
" " Josef Mürsch, k. k. Gendarmeriepostenfürher		—	20
" " Franz Kobler, Realitätenbesitzer		—	65
" " Eduard Kobler, Handelsmann		—	50
" " Martin Stefančić, Inwohner		—	10
" " Jakob Kosić, Inwohner		—	12
" " Anton Segar, Besizer		—	30
" " Anton Primosić, Besizer		—	30
" " Josef Zelenc, Pfarrer in Mariathal		1	40
Durch das hochw. Pfarramt Sagor		3	30
daher im Ganzen		24	17

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 1. März.

Die Ernennung des preussischen Generals Beyer zum badischen Kriegsminister ist ein in seinen Folgen nicht zu unterschätzendes Ereigniß. Baden bildet die wichtigste Grenzlinie Deutschlands gegen Frankreich, und es kann für dieses durchaus nicht gleichgültig sein, wenn ihm der schwergerüstete Nachbar plötzlich unmittelbar auf dem Leib rückt. Nicht allein das Tuilerienecabinet, auch die Bevölkerung von Paris betrachtet diese Ernennung als den ersten bewaffneten Schritt über die Mainlinie. Nach den einem Wiener Blatte aus Paris zugehenden Nachrichten weiß man dort ganz genau, daß dem General Beyer die frühere und selbst eine noch höhere Stellung in der preussischen Armee reservirt worden ist für den Fall, daß ihm in seiner neuen Carriere irgend ein Unglück zustößen sollte.

Zweierlei erkennt man in Paris als unzweifelhaft in diesem Schritte Preußens; erstens, daß Herr v. Bismarck überzeugt ist, es müsse über kurz oder lang zwischen ihm und der französischen Regierung zu einem Zusammenstoß kommen, weshalb er sich so gut als möglich vorzusehen bemüht ist; zweitens, daß Herr v. Bismarck entschlossen ist, auf dem Wege zur Vergewaltigung Deutschlands unbeugsam und unerschütterlich vorzugehen.

Aus dem letzteren Grunde sucht er die preussische Streitkraft und die preussische Operationslinie schon jetzt so umfassend als möglich zu gestalten, und geht hiebei mit einer Rücksichtslosigkeit vor, welche der stetigen Ueberzeugung, daß diese Idee nur durch Blut und Eisen zu realisiren sei, angemessen ist.

Die französische Regierung, schreibt man dem „N. Fröbl.“ aus Paris, schwankt in diesem Augenblicke noch zwischen einer schon jetzt herbeizuführenden ernstlichen Discussion über den Fall des Generals Beyer und einer bloßen Kundgebung in Berlin, daß jeder weitere Schritt

auf der Bahn der Verletzung des Prager Friedens Frankreich zu sofortigen Protesten veranlassen wird.

Die in Paris in den letzten Tagen immer schärfer hervorgetretene innere Bewegung könnte unter diesen Umständen für den europäischen Frieden verhängnißvoll werden, weil sie die Regierung veranlassen könnte, ein Sicherheitsventil gegen Deutschland zu öffnen. Der unmittelbare Anlaß der Scene im gesetzgebenden Körper ist bekannt. Die liberale Journalistik von Paris war von einem ministeriellen Mitglied der Kammer verdächtigt worden, daß sie käuflich sei und im Solde auswärtiger Regierungen stehe. Der Gegenstand dieser öffentlichen Verdächtigung wurde einem Ehrengericht zugewiesen. Dieses hat gegen den Ankläger, für die Ehrenhaftigkeit der Journale entschieden. Herr Havin, der Redacteur eines der verdächtigten Blätter und zugleich Mitglied der Kammer, wollte nun den Ausspruch des Ehrengerichtes an derselben Stelle zur Verlesung bringen, von welcher aus die verleumderische Anklage gegen die liberale Presse geschleudert worden war. Aber die Majorität der Kammer wollte diese öffentliche Rechtfertigung der Opposition nicht zulassen. Der Präsident schnitt die Discussion dadurch ab, daß er unter allgemeinem Sturm die Sitzung für geschlossen erklärte.

Es hat zwar auch unter der Juliregierung aufregende Scenen in der Kammer und Kämpfe auf der Gasse gegeben, jedenfalls mehr als unter dem zweiten Kaiserreich. Schon in den ersten Jahren wurde Louis Philipp's Regierung heftig angegriffen, und doch stand sie 18 Jahre anrecht. Man darf daher die Bedeutung der Pariser Scenen nicht überschätzen. Zudem hat der radicale Umbau von Paris Barriadenkämpfe in den Straßen unmöglich gemacht. Die Emence hat keine Ausichten. Es fehlt überdies ein Lösungswort, das auf die große Masse wirken könnte. Das zweite Kaiserreich, das sich auf zwei große Bevölkerungsclassen, die Arbeiter und die Bauern stützt, hat noch genug Kraft und Hilfsmittel, um der Bewegung Weister zu werden. Eher dürfte die Aufmerksamkeit in der nächsten Zeit auf das hingelenkt werden, was sich im Orient seit langer Zeit im Geheimen, seit kurzem aber mit aller Ostentation vorbereitet.

Die Bewegung in den slavisch-griechischen Provinzen der Türkei geht unaufhaltsam ihren Gang weiter. Aus Rumänien wird geschrieben, daß die den Krieg mit der Türkei herbeiführende Unabhängigkeitserklärung nur scheinbar durch den Einfluß Frankreichs aufgegeben wurde. In Wahrheit ist sie auf den 14. Mai, dem Gründungs- tag Rumäniens, verlegt, zu welcher Zeit man sich von der russisch-preussischen Allianz gedeckt zu sehen hofft. Die stetige Wirksamkeit Preußens in den türkischen Provinzen läßt sich aus dem Schlagwort erkennen, welches durch die ganze südslavische Welt geht und das in Preußen noch mehr als in Rußland den eigenen Ketter sieht, weil die christlichen Länder der Türkei von Preußen nicht wie von Rußland abjorbt zu werden fürchten. Thatsache ist es, daß in den slavischen Kreisen die Behauptung umgeht, es wären vor kurzem von der österreichischen Regierung an der Grenze bei Salzburg fünf- und dreißig Kanonenschlände mit Beschlag belegt worden, welche von Preußen nach Belgrad dirigirt waren. Es wird hinzugefügt, daß man von serbischer Seite sich an den preussischen und russischen Gesandten in Wien gewendet habe, um die Herausgabe, beziehungsweise Gestattung der Weiterführung der erwähnten Geschütze zu erlangen. Sollte sich dieser Vorfall nicht bestätigen, so zeigt wenigstens das in Umlauf gesetzte Gerücht, wie sehr man von südslavischer Seite bemüht ist, Preußen zu glorificiren.

6. Sitzung der Delegation des Reichsrathes

am 28. Februar.

Auf der Ministerbank: Ihre Excellenzen die Herren Reichsfinanzminister Freiherr v. Becke, Reichskriegsminister Freiherr von Kuhn, Generalkriegscommissär Fröh.

Präsident Graf Anton Auersperg eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 30 Min.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird vorgelesen und genehmigt.

Nach Mittheilung einiger unwesentlicher Einläufe wird zur Tagesordnung geschritten.

Auf derselben steht das Budget des Reichskriegsministeriums.

Berichterstatter ist Dr. Demel.

Ueber Vorschlag des Präsidenten wird von der Verlesung des umfangreichen Berichtes Umgang genommen, worauf

Berichterstatter Dr. Demel die Principien mittheilt, von welchen der Ausschuß bei seiner Berathung ausging. Derselbe begnügte sich mit dem vom Kriegsministerium zugestandenem Generalabstrich von 3 Millionen und ferner einige Posten auszuscheiden, welche nach der Ansicht des Ausschusses in andere Etats gehören.

Präsident eröffnet die Generaldebatte:

Ritter v. Schmerling: Es sei nun das vierte Mal, daß das Budget des Kriegsministeriums zur Berathung gelangte. Früher begnügte man sich, die Geldfrage ins Auge zu ziehen; jetzt trete nach seiner Ansicht auch die Nothwendigkeit heran, die politische Seite der Armee ins Auge zu fassen. Wenn er bei früheren Berathungen des Kriegsbudgets nicht das Wort ergriff, so geschah es, um die Meinung nicht ankommnen zu lassen, daß es auf Befehl oder im Interesse der Solidarität der Regierung geschehe. Heute spreche er als einfacher Delegirter.

Redner erklärt, daß die Armee seine vollsten Sympathien besitze und immer besessen habe.

Dies halte ihn nicht ab, auch allen anderen Ständen dieselben warmen Sympathien entgegenzubringen. Dies sei um so möglicher, als die Armee im Volke wurzle und aus demselben hervorgehe; sie sei keine Armee von Prätorianern. Einen Rückblick auf den Feldzug von 1866 werfend, bemerkt Redner, nicht die Armee trage die Schuld an den traurigen Resultaten desselben; denn heute wisse man, daß der Krieg mehr in den Cabinetten als auf dem Schlachtfelde geführt wurde.

Die Armee that ihre Schuldigkeit, sie hat eben so tapfer gefochten als in früheren Feldzügen, und dies berechtigt zu der Erwartung, daß die Armee, wenn wieder ein Ruf an sie gelangt, eben so tapfer und muthig ins Feld ziehen und den Sieg an ihre Fahnen zu fesseln im Stande sein wird.

Es sei aber nothwendig, daß die Erfahrung, die im Jahre 1866 gemacht wurde, auch verwerthet werde.

Nicht um die Verbesserung der Bewaffnung allein handle es sich, sondern auch um Hebung der Bildung und Intelligenz im Heere, und die Bemühungen, welche von der Regierung in dieser Richtung gemacht werden, werden von der Volksvertretung erkannt und mit Dank gewürdigt.

Redner hofft, daß mit Zustimmung der beiden Reichsvertretungen die allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden würde.

Dadurch würde die Armee ohne zu große Kosten numerisch vermehrt und derselben intelligente Elemente zugeführt werden, deren Mangel sich im Jahre 1866 sehr fühlbar machte.

Eine Nothwendigkeit sei die Einheit des Heeres (Bravo!) und er sei überzeugt, daß niemand im Hause an derselben rütteln wolle. Aber auch in der ungarischen Vertretung werde die Einheit des Heeres betont, es sei aber trotzdem nothwendig, auszusprechen, daß die Delegation keiner Verfügung die Zustimmung geben werde, welche gegen diese Einheit gerichtet ist. (Bravo! Bravo!)

Er wolle aber auch zeigen, daß bisher alles geschehen sei, was berechtigten und vernünftigen Ansprüchen der Nationalitäten entsprechen kann. In Oesterreich existire das System der Verbbezirke, welches sonst nirgends existirt und das zur Folge hat, daß die jungen Männer derselben Gegend in einem Regimente zusammenbleiben.

Die Officiere werden verhalten, die Sprache des Regiments sich anzueignen, bei welchem sie dienen, und überdies existirt die Einrichtung, daß gewisse Kronländer bestimmte Waffengattungen liefern; so Galizien Uhlanen, Ungarn Husaren etc. Bei solchen Umständen könne man ohnehin nicht von einer Centralisation der Armee sprechen.

Blicken wir auf andere Staaten, beispielsweise auf den Nordbund, wie dort die Armee centralisirt ist. Dem gegenüber wäre es ganz unmöglich, die Armee zu trennen. Bisher habe man es noch, daß der Husar und der Tiroler Jäger sich auf den Vorposten als gemeinschaftliche Oesterreicher finden, daß der galizische Uhlane und der Steirer sich als Theile desselben Ganzen betrachten; heute sehe man noch das kameradschaftliche „Du“ in allen Chargen, was zur Folge habe, daß der Sohn des Adels mit dem Sohn des Bürgers und dem des Bauers sich als Kamerad betrachte. So lange die Armee eine einheitliche sei, werde sie ihre Schuldigkeit thun (Bravo!); trennen Sie dieselbe, und Sie vernichten Oesterreich. (Bravo!)

Dr. Figuly betont, auch er stehe für die Einheit der Armee ein, aber ein anderer Geist müsse in dieselbe einkehren.

Die Armee, welche aus unseren Söhnen besteht, darf nicht gegen uns gerichtet werden; die Armee darf die Waffe im Frieden nicht gegen den Bürger ziehen, wie dies vorgekommen ist.

Man sagt, der Krieg gegen Preußen sei in den Cabinetten geführt und von Preußen von langer Hand vorbereitet worden. Ihm scheine, daß dem Cabinette damals Vieles unbekannt blieb, was dem Volke bekannt war, er verweise da nur auf die Verhandlungen im Abgeordnetenhaus.

Redner wendet sich nun zu dem finanziellen Theile der Frage. Vor allem findet er, daß das Kriegsbudget nicht so klar abgefaßt sei, als es wünschenswerth wäre und als die anderen Budgets verfaßt seien.

Im Ausschusse sagte man, die Ausgaben für die Armee seien eine Art von Asscuranz des Staates. Da verweise er auf das Jahr 1859, wo die Armee 275 Millionen kostete, wobei Mailand verloren wurde. Trotzdem nehme er den Gedanken der Asscuranz an, aber nur dann, wenn die Armee das, was sie zur Ernährung und Ausrüstung bedarf und was das Volk ihr gerne gibt, auch gut und unverfälscht erhält.

Auf das Budget des Jahres 1862 übergehend, zeigt Redner, daß der Reichsrath damals um 13 Millionen mehr bewilligte, als die Armee wirklich bedurfte, und dies veranlasse ihn, das Budget einer um so genaueren Prüfung zu unterziehen. Redner geht in diese ziffermäßig ein und bemerkt, es wäre gut, auf die Wirtschaft des seligen Hofkriegsrathes zurückzukommen, welche, wenn demselben so manches vorzuwerfen wäre, doch eine sehr gute war. Man müsse erwägen, ob Oesterreich ein größeres Normalbudget ertrage als 55 bis 56 Millionen. Wäre es möglich gewesen, ein so kleines Normalbudget aufrechtzuerhalten, so hätten wir im Jahre 1866 Geld gehabt, um den Krieg mit mehr Nachdruck zu führen.

Das Budget des Jahres 1868, wie es vorliegt, sei um 11 Millionen höher als das von 1867, er begreife nicht, warum.

Das Jahr 1867 war ein Friedensjahr, das heurige sei es auch. Wenn er von den 11 Millionen 4 Millionen als Ehrengeldbeitrag abziehe und dazu den vom Kriegsministerium zugestandenen Abstrich von 3 Millionen zähle, so bleibe noch immer ein Plus von 4 Millionen, das ihm unerklärlich sei.

Redner sucht nun aus der Erhöhung einzelner Posten dieses Plus zu erklären, deshalb müsse er aber gegen eine en bloc-Aannahme des Kriegsbudgets sprechen.

Ein weiterer Grund, der ihn bewege, gegen die en bloc-Aannahme zu stimmen, sei das, daß das Kriegsministerium jedes Jahr Ersparungen erzielte und auch jetzt Casserette besitze, welche unter den Activen des Budgets nicht aufgeführt sind.

Auf die Pensionirungen übergehend, bemerkt Redner, es müsse da ein anderes System geschaffen werden, denn so könne es nicht fortgehen.

Er hätte noch viele Bemerkungen zu machen, wolle aber das Haus nicht ermüden.

Man müsse auf ein Mittel finnen, das Kriegsbudget so herabzusetzen, daß es erträglich werde. Das bisherige System der Wünsche und Resolutionen habe sich abgenützt, es müsse ein anderes Mittel gefunden werden. Dieses Mittel haben wir jetzt in dem Steuer- und Recrutirungsbewilligungsgesetz. Wir werden sehen, welche Folgen die Resolutionen haben werden. Er behalte sich vor, später einen Antrag einzubringen. (Bravo!)

Delegirter S k l e n e ergreift das Wort.

(Schluß folgt)

10. Sitzung der Delegation des ungarischen Reichstages.

Wien, 28. Februar.

In der heutigen Sitzung der ungarischen Delegation interpellirte der Delegirte Manojlovics den gemeinsamen Kriegsminister, ob in dem Budget auch Pensionen und Bezüge der Mannschaften und Officiere der aufgelösten estensischen Brigade einbegriffen seien, und, wenn dies der Fall, in welcher Höhe.

Hierauf gelangt eine Zuschrift der reichsräthlichen Delegation zur Verlesung, in welcher diese ihre Beschlüsse über Capitel 4 bis 6 des gemeinsamen Budgets anzeigt; sodann wird die Zuschrift dem 30er Ausschusse überwiesen. Manojlovics beantragt, daß künftighin der Präsident bevollmächtigt werde, solche Zuschriften brevi manu dem Ausschusse zu übergeben. Der Antrag wird angenommen. Um 11 Uhr schließt die Sitzung.

Parlamentarisches.

Rede Sr. Excellenz des Herrn Finanzministers Dr. Brestel über die Petition der k. k. priv. österr. Nationalbank, die Entschädigungsansprüche derselben betreffend.

„In Betreff des vorliegenden Antrages erlaube ich mir Nachfolgendes zu bemerken. Es ist unzweifelhaft, daß durch die Emission der Staatsnoten der Geschäftsgewinn der Bank wesentlich reducirt wurde.

Da aber eine gänzliche Einziehung der Staatsnoten oder auch nur eine namhafte Verminderung der im Umlauf befindlichen Menge derselben in der nächsten Zeit nicht wohl durchführbar ist, so erachtet es die Re-

gierung in der Billigkeit gegründet, daß den Bankactionären in einer den Staat nicht belastenden Weise eine Compensation für den ihnen in Folge der Staatsnotenemission entgangenen Gewinn verschafft werde.

Die Regierung ist daher bereit, mit der Bank diesfalls in Unterhandlungen einzutreten. Sie muß sich aber vorerst noch mit dem ungarischen Ministerium ins Einvernehmen setzen, da einerseits über die Schuld des Reiches per 80,000,000 fl. an die Bank in dem Ueber-einkommen über die allgemeine Staatsschuld noch keine Verfügung getroffen wurde, diese Frage daher noch in der Schwebe ist, und andererseits die in Betreff der Bank zu treffenden Maßregeln in inniger Wechselbeziehung mit der Frage wegen Regelung der Valuta resp. der Fundirung der Staatsnoten stehen. Was die Regelung der Valuta anlangt, so ist die Regierung der Ansicht, daß, wenn auch nicht die gänzliche Beseitigung des Deficits, doch mindestens eine sehr beträchtliche Herabminderung desselben die Vorbedingung jeder mit Aussicht auf Erfolg durchzuführenden Maßregel zur Regelung der Valuta sei, und wird auch bei den Maßregeln, welche sie aus Anlaß des Finanzgesetzes einem h. Hause empfehlen wird, von diesem Gesichtspunkte ausgehen.

Aber auch die Erfüllung dieser unerläßlichen Vorbedingung vorausgesetzt, bleibt die Frage wegen Regelung der Valuta bei den vielen sich theilweise kreuzenden Interessen, welche dadurch berührt werden, so wie bei dem großen Einflusse, den sie auf Productionen hat, eine der schwierigsten, und hat die Erfahrung der letzten Jahre zur Genüge gelehrt, mit welcher Vorsicht in dieser Richtung vorgegangen werden muß. Aus diesen Gründen erschien es der Regierung am zweckmäßigsten, wenn in Betreff der Frage wegen Regelung der Landeswährung und des damit im Zusammenhange stehenden Bankwesens eine umfassende Enquete veranstaltet würde, bei welcher nebst Sachverständigen alle theilhaftigen interessenten Kreise vernommen werden würden.

Gegen den Antrag selbst, den der Finanzausschuß schließlich stellt, wird von Seite der Regierung kein Anstand erhoben, weil sie bereit ist, mit der Bank in Unterhandlungen zu treten, und das h. Haus wird ohnehin nur über den Antrag des Finanzausschusses und nicht über die Motive desselben abstimmen.“

Wien, 27. Februar. Die ungarische Delegation hatte, wie bekannt, das Nuncium der reichsräthlichen Delegation über die in deren Schooße erfolgte Botirung der Kosten der Cabinetkanzlei und des Ministeriums des Aeußern dem Dreißiger-Budgetausschusse zur Prüfung zugewiesen, dieser hinwiederum dasselbe der Section für Aeußeres übergeben. Diese Section nun hat ihre Berathungen über das Nuncium bereits vollendet und liegt auch schon das von Pulszky ausgearbeitete Referat hierüber vor. Dasselbe lautet:

„Ergänzender Bericht der Abtheilung für Aeußeres.

Die Abtheilung ist mit Bestimmung jener Differenzen, die zwischen ihrem Gutachten und den an die ungarischen Delegation gefendeten Beschlüssen der vom Reichsrathe entsendeten Delegation bezüglich des Budgets über die gemeinsamen äußeren Angelegenheiten obwalten, betraut worden; sie hat die beiden Schriftstücke verglichen und gefunden, daß die beiderseitigen Beschlüsse in Folgendem verschieden sind.

Bezüglich des ersten Titels erwähnte wohl die Subcommission, daß in der Präsidialsection gegenwärtig mehrere Aemter unbesezt sind, und daß ein Theil der für außerordentliche Kosten verlangten 4557 fl. zu ersparen sei; ferner daß von der ganzen Summe ein gewisser Percentsatz als Intercalare abgezogen werden könne; doch hat sie diese Ersparungen, ohne sie ziffermäßig zu benennen, als Deckung der Bezahlung jener Beamten angewiesen, die zwischen dem gemeinsamen Ministerium und der Delegation den mündlichen und schriftlichen Verkehr vermitteln werden.

Hingegen hat die jenseitige Delegation die außerordentlichen Ausgaben mit 4557 fl. nicht bewilligt und die Ersparungen beziffert; namentlich streicht sie in der Präsidialabtheilung 2 pCt. Intercalare von den Gehältern und Wohnungszulagen mit 1352 fl. desgleichen bei der Centralleitung 2 pCt. mit 5100 „ und unter dem Titel: unbesezte Stellen 8400 „ zusammen . . . 14.852 fl.

Von den präliminirten 5980 fl. für Instandhaltung der Gebäude, welche die Subcommission glaubte bewilligen zu können, streicht die jenseitige Delegation 3000 fl., von den Kanzleispesen 870 fl.

Hinsichtlich des zweiten Titels: Die Subcommission glaubte die ordentlichen Auslagen nach Abzug eines Intercalare von 3 pCt. bewilligen zu können; die jenseitige Delegation hingegen streicht die 1470 fl. für die Vertretung bei den Häusern Antheil Schwarzburg und Neuß; 17,000 fl. von der Repräsentationszulage des römischen Botschafters.

Bei den außerordentlichen Auslagen hielt die Subcommission die von der jenseitigen Delegation beschlossene Streichung von 10 pCt. von den Wartgeldern nicht für billig, hingegen strich sie die Titel 20 bis 23 mit zusammen 10,025 fl.

Hinsichtlich des dritten Titels besteht zwischen der Subcommission und der jenseitigen Delegation keinerlei Meinungsdivergenz bei den ordentlichen Ausgaben; bei

den außerordentlichen hingegen stellt die Delegation die Ehrengeldzulage in Alexandrien mit 2000 fl. fest, statt jener 2850 fl., welche das gemeinsame Ministerium präliminirte und die Subcommission zu bewilligen empfahl.

Hinsichtlich des vierten Titels besteht zwischen der Subcommission und der jenseitigen Delegation keine Meinungsverschiedenheit.

Hinsichtlich des fünften Titels war die Rechtsanschauung der Subcommission über die Natur eines gemeinsamen Einkommens der von der Lloyd-Gesellschaft eingezahlten Posteinkünfte der jenseitigen Delegation noch unbekannt.

Wien, 25. Februar 1868.

Baron Albert Dr e z y m. p.
Präsident der Subcommission.
Franz v. P u l s z k y m. p.
Referent der Subcommission.“

Aus dem Corps Legislatif.

Paris, 24. Februar. Mancherlei komische und tragische Scenen haben sich schon im Sitzungsjaale des Palais Bourbon abgespielt, aber die Schauer-scene, einen Narren auf der Tribüne gesticuliren zu sehen, war der gestrigen Sitzung vorbehalten. Herr Didier, Abgeordneter des Departements Ainge, kam gestern kurz vor zwei Uhr in einem arabischen Costüm mit Turban und Burnus in das Staatsministerium und verlangte dringend Herrn Rouher zu sprechen, der ihn auch auf der Stelle empfing und den Geisteszustand seines Besuchers ohne Mühe erkannte. Dieser verlas ihm ein sinnloses Manuscript zu einer Rede, die er im gesetzgebenden Körper halten wolle, um die staatsgefährliche Opposition gründlich zu vernichten, worauf Herr Rouher nicht den Muth hatte, ihn durch seine Leute festnehmen zu lassen.

Er stellte sich an, als billige er sein Vorhaben, redete Herrn Didier zu, nach der Kammer zu gehen, und eilte ihm dann dahin voraus, um den Präsidenten und die Abgeordneten von dem Bevorstehenden in Kenntniß zu setzen, von denen Einzelne die Meinung aussprachen, man solle sich des armen wahnsinnig Gewordenen sofort bemächtigen. Ihre Meinung wurde jedoch nicht gehört und kurz nach Beginn der Sitzung sprang Herr Didier mit dem Zeichen des Kreuzes auf die Rednerbühne. Er redete eine Menge verworrenes Zeug, aus dem sich nur soviel erkennen ließ, daß er sich für den Kaiser hielt und die Abgeordneten der Linken mit dem Tode bedrohte, wenn sie sich nicht besserten, und erst nachdem das Haus mit Grausen dieser Scene beigewohnt, nahmen ihn seine Freunde in ihre Mitte, um ihn nach seiner Wohnung zu bringen.

Am späten Abend erschien er jedoch zu nicht geringem Schrecken des Herrn Dalloz in der Druckerei des Moniteur und verlangte eine Correctur seiner Rede zu lesen, die natürlich von den Stenographen gar nicht aufgezeichnet worden war. Man schrieb unter seinem Dictat einige Sätze nieder, welche in die Composition gesendet und dann von ihm durchgesehen wurden. Inzwischen hatte man aber auch einen Voten nach dem Staatsministerium gesendet, der mit einem von Rouher's Secretären zurückkehrte, und letzterer redigirte darauf das Zerrbild der Rede eines Wahnsinnigen, wie es heute im Moniteur steht. Im analytischen Sitzungsberichte ist der ganzen Scene mit keiner Sylbe erwähnt.

Mit dem Gerede eines Narren begann die Sitzung, mit einem wilden Sturm endigte dieselbe. Herr Havin hatte, obgleich seine Collegen Berryer und Marie ihm davon abriethen, den Vice-Präsidenten David in Kenntniß gesetzt, daß er das Wort verlangen werde, um den Spruch des Ehrengerichtes auf derselben Tribüne zu verlesen, auf die Herr v. Kervoguen seine Beschuldigungen gebracht hatte; als er jedoch kaum die ersten Worte gesprochen, wurde er von den Freunden dieses Letzteren überschrien und am Weiterreden verhindert. Die linke Seite protestirte laut gegen diesen Terrorismus; Pelletan stieg auf seine Bank und verlangte, daß der Präsident Ruhe gebieten sollte; dieser aber hatte es sehr eilig, seinen Hut aufzusetzen und die Sitzung für aufgehoben zu erklären, worauf Pelletan und Simon riefen: „Wir wollen uns in Permanenz erklären! Bleiben wir!“ Auch das Publicum auf den Tribünen mischte sich in den Lärm durch den lauten Ruf: „La permanence! Vive l'opposition!“

Auf Befehl des Präsidenten wurden die Tribünen geräumt, und da die Besucher den Aufforderungen der Huissiers nicht willige Folge leisteten, die bewaffnete Macht requirirt. Eine Gruppe junger Leute zog darauf mit dem Rufe: „Vive l'opposition!“ über die Brücke und den Eintrachtplatz, wo sie sich zerstreuten (Pr.)

Oesterreich.

Wien, 28. Februar. (Regierungsvorlagen.) Als Gesetzentwürfe, welche demnächst dem Abgeordneten-hause unterbreitet werden sollen, bezeichnet man Entwürfe über die Einsetzung eines Reichsgerichts, directe Wahlen, Staatsbürgerrecht, Auswanderung, Reform der Gewerbeordnung, Jury in Presssachen und politische Gerichtsorganisation.

West, 28. Febr. (Se. Majestät der Kaiser) hat gestern Abends der Vorstellung der Oper „Lucia“ im Nationaltheater beigewohnt. — Heute Nachmittags

um 2 Uhr fand auf der Generalwiese vor Sr. Majestät eine Militärparade statt, zu welcher die ganze hiesige Garnison ausrückte.

Agram, 28. Februar. (In der heutigen Sitzung des Gemeinderathes) hat der Bürgermeister Frigan vom gegenwärtigen Gemeinderathe Abschied genommen. In seiner Abschiedsrede betonte derselbe die stets loyale und zugleich patriotische Haltung des Gemeinderathes. Der letztere dankte dem Bürgermeister für seine tactvolle, beinahe achtjährige Leitung der Stadtgemeinde und für sein stets thätiges Eingehen auf die fortschrittlichen Intentionen der nun scheidenden Gemeindevertretung. Gleichzeitig veröffentlicht der Bürgermeister eine Erklärung, daß städtische Organe ihre amtliche Stellung zu Wahl-Agitationen nicht benötigen, wie dies von einer Seite behauptet und er diesfalls interpellirt wurde.

Ausland.

Florenz, 27. Februar. (Dementi.) Die „Italienische Correspondenz“ dementirt die Nachricht der „France“ und „Liberte“, daß General Ciadini zum Commandanten eines mit Hinblick auf eine bourbonische Bewegung mobil gemachten Armeecorps ernannt wurde, und erklärt: Es wurde keinerlei Befehl zur Mobilmachung von Truppen gegeben und nichts deutet darauf hin, daß irgend ein Theil der Armee auf den Kriegsfuß gesetzt werde.

Venedig, 26. Februar. (Russische Anschauungen über Oesterreich.) Der aus Agram und Fiume ausgewiesene russische Agent R. Rigondaud gibt nun hier eine „Revue Orientale“ heraus, in deren Programm der Zerfall der österreichischen Monarchie die erste Stelle einnimmt. Würde es von Herrn Rigondaud abhängen, Oesterreich hätte morgen aufgehört zu existiren, die Türkei würde womöglich noch heute in die Brüche gehen und Rußland würde sein Banner in Constantinopel aufpflanzen. Das erste Heft enthält einen eben so kurzen wie matten Artikel über die orientalische Frage. Hier wie in den nachfolgenden Artikeln und Correspondenzen wird Slaventhum und Russenthum verhimmelt und den Deutschen und Ungarn eine trübe Zukunft prophezeit. In einer Prager Correspondenz erhalten wir reinen Wein über die letzten Umtriebe in Prag bei Gelegenheit der Anwesenheit des Ministers Herbst. Die wenigen Seiten dieser Correspondenz lesen sich wie die Artikel des berühmtesten deutschen Czechenblattes. Am Ende heißt es: „Wenn die Regierung die Sympathien der czechischen Nation den Launen und Ränken eines Herbst opfern will, dann mag sie sich auf das Schlimmste gefaßt machen.“ Wange machen gilt nicht.

Paris, 27. Februar. (Russisch-Panславistische s.) Die „France“ dementirt die beunruhigenden Börsengerüchte bezüglich der Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland und sagt: Die Bewegungen der Börse sind mehr das Resultat der Platzverhältnisse als der politischen Situation. — Die „France“ schreibt: Die russischen Agenten in den slavischen Ländern haben die Weisung erhalten, zu erklären, daß Rußland die Gelegenheit erwarte, um ihre Unabhängigkeit zu verwirklichen, aber sie gleichzeitig anzufordern, in guten Beziehungen mit ihren Nachbarn zu verbleiben und zu vermeiden, unzeitgemäße Befürchtungen hervorzurufen. — In Adrianopel war am 20. Februar das Gerücht verbreitet, daß der russische Consul wegen übertriebenen Eifers in panславistischer Propaganda abberufen werden sollte. — Der „Constitutionnel“ macht den Journalen in Bukarest und Belgrad Vorwürfe wegen ihrer Angriffe auf die Mächte, namentlich aber Frankreich, welchen die Donau-Fürstenthümer ihre Autonomie ver danken. Dasselbe Blatt fügt hinzu, die Mächte können nicht gestatten, daß die abgeschlossenen Verträge nach dem Belieben der revolutionären Partei umgestoßen werden. Sie warnen die Regierungen in Bukarest und Belgrad vor den Gefahren dieser Manöver. — Wir sind überzeugt, sagt der „Constitutionnel“, daß die Mächte in dieser weisen, vorsichtigen Politik ausharren werden, ohne sich von den Declamationen der demagogischen Blätter in Bukarest und Belgrad irreführen zu lassen.

— 28. Februar. (Attentat auf den russischen Botschafter. — Prinz Napoleon.) Der russische Botschafter Budberg ist gestern nach Paris zurückgekehrt. Als er die Station Verviers in Belgien passirte, wurde er vom Baron Meyendorff mit bewaffneter Hand angefallen. Letzterer wurde plötzlich wahnsinnig. Der Vorfall hatte glücklicherweise keine weitere Folge. — Der „Temps“ veröffentlicht Details über das Attentat des Baron Meyendorff (Sohn des bekannten Diplomaten) auf Baron Budberg. Meyendorff bediente sich eines Revolvers. Budberg schrie: „Halten Sie ihn fest, das ist ein Wahnsinniger.“ Ein junger Mann faßte den Arm Meyendorffs, der hierauf die Pistole fallen ließ. Das Attentat wird theilweise einer Geistesstörung, theilweise einem persönlichen Grolle zugeschrieben. — Die „Patrie“ schreibt, Prinz Napoleon habe Paris verlassen, um incognito Nord-Deutschland zu bereisen. Seine Abwesenheit wird mehrere Wochen dauern.

London, 27. Februar. (Die Cabinetsbildung) ist vollendet. Cairnes Kanzler, Hunt Schatzkanzler, Walpole scheidet gänzlich aus. Sonst findet kein Personenwechsel statt. Eine weitere Parlamentsvertagung ist wahrscheinlich.

Granada, 24. Februar. (Unruhen.) Ein Volkshaufen hat das Palais des Civilgouverneurs angegriffen und die Fenster eingeworfen. Der Gouverneur hat seine Machtbefugnisse der Militärbehörde abgetreten, welche in dieser Provinz den Belagerungsstand erklärt hat. — Narvaez hat der Kammer mitgetheilt, daß in Granada wegen Theuerung der Lebensmittel Emeuten ausgebrochen sind, welche das Einschreiten der bewaffneten Macht nothwendig machten. Hierbei wurde eine Person getödtet, 16 verwundet. Die Ordnung ist wieder hergestellt, doch wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen.

St. Petersburg, 27. Februar. (Panславistische Zeitung unterdrückt. — Budget.) Ueber Vortrag des Ministerrathes ordnete der Kaiser an, daß die in Moskau erscheinende, ultra-panславistische und absolut protectionistische Tendenzen verfolgende Zeitung sofort zu erscheinen aufzuhören habe. — Der Finanzminister legte dem Reichsrathe das Effectivbudget für das Jahr 1866 vor. Außer den etatmäßigen Ausgaben sind für das Kriegsministerium 13, für das Ministerium für öffentliche Bauten 5 und für das Marineministerium 1½ Millionen in Anspruch genommen.

Washington, 25. Februar. (Präsidentenanfrage.) Stevens und Ringham, als Erwählte des Repräsentantenhauses, erschienen heute in aller Form vor den Schranken des Senates als Ankläger des Präsidenten Johnson. — Der Senat beschloß ein Specialcomité zu ernennen, um die Angelegenheit in Betracht zu ziehen.

Tagesneuigkeiten.

— (Stipendium.) Sr. Majestät der Kaiser haben zur Förderung der einheimischen Kupferstichkunst allergnädigst anzuordnen geruht, daß talentvollen und strebsamen Kupferstechern zur Erleichterung der Ausführung größerer Stücke jährliche Subventionen zugewendet werden sollen. Sobald ein Werk im Sinne der festgesetzten Bestimmungen zur Ausführung zugelassen worden ist, wird dem Kupferstecher eine Subvention für die Zeit der Arbeitsdauer angewiesen, welche nach Maßgabe der Verhältnisse 300 fl. bis 1000 fl. jährlich betragen kann und in halbjährigen Raten ausgefolgt wird.

— (Ehrenbürgerrecht.) Ueber Anregung des Tannwalder Bezirksobmannes, Herrn W. Suida, haben die sämtlichen Gemeinden des Tannwalder Bezirkes den Herrn Baron Veust, und die Herren Minister Dr. Sistra und Dr. Herbst zu Ehrenbürgern ernannt.

— (Drittes deutsches Bundesjoch.) Das Central-Comité veröffentlicht Aufrufe an die Bewohner Wiens und an die deutschen und endlich an die nichtdeutschen Schützen Oesterreichs zur Theilnahme am Bundesfeste. Der letztere lautet: „An die nichtdeutschen Schützen in Oesterreich! Das dritte deutsche Bundesjoch ist auf den 26 Juli und die folgenden Tage d. J. in Wien anberaumt. Können, der Natur der Sache nach, nur Schützen deutscher Nationalität, Mitglieder des deutschen Schützenbundes werden, so liegt doch dieser Vereinigung jeder Gedanke an tendenziöse Ausschließlichkeit gegenüber anderen Volkstammern und Völkern in dem Grade fern, daß die Satzungen des Bundes in ihrem dritten Paragraphen ausdrücklich der Theilnahme nichtdeutscher Gäste gedenken. Wenn somit jeder Fremde, welcher unser Fest mitzujucheln wünscht, freudigster Aufnahme gewiß sein kann, ist es uns hohe Befriedigung, zu demselben Diejenigen besonders einladen zu können, welche nicht unseres Stammes, aber doch nicht uns fremd sind, mit denen nicht allein nachbarliche Beziehungen, sondern das gemeinsame Herisicherhaus, gemeinsame Interessen, dieselbe ruhmvolle Vergangenheit, dieselben Hoffnungen und Bestrebungen für die Zukunft, ja Bande des Blutes — des auf so vielen Schlachtfeldern für die gleiche Sache vergossenen Blutes — uns verbinden. Ihnen, allen nichtdeutschen Schützen Oesterreichs, senden wir hierdurch unseren brüderlichen Gruß und sprechen die treuzeitige Erwartung aus, daß auch das deutsche Bundesjoch in Wien zur Verständigung und zur Befestigung der Freundschaft zwischen den verschiedenen Nationalitäten des Reiches das Seinige beitragen werde.“

— (Eine Räuber Geschichte) der rohesten Art wird der Grazer „Tagespost“ berichtet: Am Tore eines Bauernhauses in Windisch-Narzdorf wird nächstlicher Weise von einer „Bande“ aus acht Personen, zu welcher auch ein Weib gehörte, geklämt und gepöcht, die Besizerin kommt herbei und wird sofort durch einen Artlieb niedergestreckt; ebenso werden die übrigen Hausgenossen — die Tochter und ein Knecht — unter Mißhandlungen überwältigt und gefesselt. Nachdem trotz langen Suchens das Silbergeld nicht aufgefunden worden, kamen die Räuber auf den entsetzlichen Gedanken, durch die Folter ein Geständnis zu erpressen. Sie bedeckten den Körper des Bauernweibes mit Stroh und zündeten dieses an. Nur dem menschlichen Nahren, welches doch die Brust eines dieser Schwandgesellen beschlich, hatte die Sequälte es zu danken, daß sie mit dem Besitze ihres Sitbgeräths und einigen Brandwunden davonkam. Ein Knabe aber hatte hinter dem Ofen unbemerkt alles mitangesehen und durchschnitt die Stricke der Gebundenen, sobald

die Räuber abgezogen waren. Diese wurden nun nach dem im Schnee zurückgelassenen Fußspuren sogleich von den Verhafteten und deren Nachbarn verfolgt, theilweise eingeholt und an das Gericht abgeliefert. Unter den Erkappten befand sich auch ein in der nächsten Umgebung des Dorfes ansässiger Grundbesitzer.

— (Sophie Schröder), einst Deutschlands geachtetste Künstlerin, ist am 25. d. Morgens 8 Uhr in München im 87. Lebensjahre verschieden! Sophie Schröder war gegenüber dem Realismus in der deutschen Kunst eine der ersten Vertreterinnen einer mehr idealistischen Darstellungswise. Eine großartige Auffassung und Ausmalung gewaltiger Leidensscenen gab ihren Bühnengestalten Schwung und Poesie. Keine deutsche Künstlerin dürfte, wie sie, fast die ganze Gallerie Schiller'scher Frauengestalten nach einander auf der Bühne mit einer poetischen Gewalt verkörpert haben, die den Zuschauer zur Höhe einer idealheroischen Spielweise emporreißen mußte. Antoinette Sophie Bürger, dies ihr Familienname, war 1781 zu Paderborn geboren und von ihren Eltern, die der Bühne angehörien, ebenfalls für dieselbe herangebildet. Nach einer Reihe von Jahren, die sie auf verschiedenen deutschen Theatern zugebracht, wurde sie 1815 in Wien am Hofburgtheater angestellt, von wo aus sie mehrmals im künstlerischen Triumphe durch ganz Deutschland zog. Sophie Schröder war dreimal verheiratet, zum letzten Male mit dem Heldenspieler Wilhelm Rausch; ihren Namen führte sie jedoch von ihrem zweiten Gatten, dem Tenoristen Schröder; 1840 wurde sie pensionirt und lebte in letzterer Zeit in München, wo sie sich mit der Ausarbeitung ihrer Memoiren beschäftigte haben soll.

Locales.

— (Im Buchdrucker-Fortbildungsverein) fand gestern Abend um 5 Uhr der erste populär-wissenschaftliche Vortrag statt. Die fast vollständig anwesenden Fachgenossen und eine Anzahl unterstützender Mitglieder, von denen unter anderen auch der Herr Landespräsident Conrad v. Eybesfeld durch seine Anwesenheit dem Vereine seine Sympathie bezeugte, lauschten mit gespannter Aufmerksamkeit dem leicht faßlichen, geübigen Vortrage des Herrn Directors Schrei über die Telegraphie im allgemeinen und den Morse'schen Schreibapparat im besondern. Die gleichzeitig ausgeführten Experimente gewährten auch dem völlig Unerfahrenen ein klares Bild dieser wunderbaren Erfindung. — Aus den hinterlassenen Papieren des leider so früh verstorbenen talentvollen jungen Franziskaners Kolil trug nun (slovenisch) Herr A. Klein eine kurzgefaßte Geschichte der Slovener in älterer Zeit vor, der sich in einem nächsten Vortrage eine Geschichte der slovenischen Literatur anschließen soll. — Nachdem in der hierauf eröffneten eigentlichen Vereinsversammlung noch der Stundenplan für den Sprachunterricht festgestellt und ein Vereinslocale ausgewählt worden, vereinigte sich der größte Theil der Anwesenden, denen auch der für den Verein mit dankenswerthem Eifer thätige Herr Director Schrei sich angeschlossen, zu einer sehr gemüthlichen anmirtheten Unterhaltung „beim Roman“, welches Locale nach dem sberzhaltenen Vorschlage eines Vereinsmitgliedes von jetzt ab „zum Gattenberg“ zu nennen wäre, um so mehr, da der Wirth als ehemaliger Buchdrucker dem Verein ebenfalls beiträgt.

— (Benefizanzeige.) Herr Director Böllner hat dem Chorpersonale unserer Oper eine außerordentliche Benefizvorstellung bewilligt, welche morgen stattfindet. Es werden die „lustigen Weiber von Windsor“ gegeben. Da die Oper sehr angesprochen hat, da ferners unser Chorpersonale sich während der bisherigen Saisondauer als sehr thätig bewährt hat, so erlauben wir uns, Theaterfreunde auf diese Benefizvorstellung besonders aufmerksam zu machen.

— (Theater.) Der samstägige Benefizabend war nicht so besucht, als zu erwarten gewesen wäre, was wir nur einer zufälligen Verhinderung mancher Logenbesitzer zuschreiben können. Die Aufführung der Benedic'schen „Dienstboten“ und der hier übrigens stets gern gesehenen Operette: „Das Pensionat“ war ziemlich matt. Hr. Skala-Vorjaga war fast stimmlos, was übrigens für uns nichts neues ist. Hr. Rosenbergs allein führte seinen Part brav durch. Hr. Müller entwickelte viel treffende Komik und extemporierte nicht übel. Es war der einzige erheitende Punkt in der überhaupt matten Darstellung. Ubrigens möchten wir Herrn Böllner mit Güte zurufen: „Mehr Licht!“ oder prosaischer gesagt, man wünscht eine bessere Beleuchtung des äußeren Schauspielplatzes.

— (Schlußverhandlungen) beim I. L. Landesgerichte in Laibach. Am 4. März. Johann und Rakper Zelesnik: Diebstahl; Josef Obresa: schwere körperliche Beschädigung. — Am 5. März. Matthäus Zerne: schwere körperliche Beschädigung; Josef Juvan: Betrug. — Am 6. März. Jakob Rajzel: schwere körperliche Beschädigung; Johann Rajzel und Valentin Pivan: Diebstahl.

— (Der steiermärkische Landesausschuß) hat in seiner letzten Sitzung den Beschluß gefaßt, daß mit dem nächsten Jahre schon im ersten Jahrgange der landeskundlichen Realschule eine fremde Sprache als Obligatorisch gelehrt werde. Bei Festsetzung, welche fremde Sprache dazu auserwählt werden sollte, ergaben sich die verschiedensten Bedenken. Man einigte sich dahin, daß den Eltern der Schüler die Wahl zwischen drei Sprachen freigestellt werde, in welchen der Obligatorunterricht zu geschehen habe. Diese drei Sprachen sind: die französische, die italienische und die slovenische.

An die P. T. Herren Wähler für die krain. Handels- und Gewerbekammer.

Auf Grund der heute in einer zahlreich besuchten Versammlung der hiesigen Handels- und Gewerbetreibenden und Industriellen vorgenommenen Probewahl werden den P. T. Herren Wählern als Kandidaten für die diesjährigen Ergänzungswahlen zur krain. Handels- und Gewerbekammer nachbenannte Herren empfohlen:

Für die Handelssection.

Mitglieder:

- Herr Alexander Dreo, Handelsleute
Herr Peter Lahnik, in Laibach.
Herr Josef Kordin,
Herr Josef Hauffen,

Ersahmänner:

- Herr Johann Georg Winkler, Handelsleute
Herr Johann Nep. Marinschek, in Laibach.

Für die Gewerbesection.

Mitglieder:

- Herr Josef Pauer, Gewerbsleute
Herr Franz Goltisch, in Laibach.
Herr Johann Perles,
Herr Lorenz Nikusch,

Ersahmann:

- Herr Herm. Straksmann, Gewerbsmann in Laibach.

Für die Montansection.

- Herr Stanislaus Jabornegg, Gewerk in Neumarkt. Laibach, am 29. Februar 1868.

Das Central-Comité für die Wahlen der krain. Handels- und Gewerbekammer.

Neuere Post.

Wien, 29. Februar. In der heutigen Sitzung der reichsräthlichen Delegation wurde das Budget für die Landarmee nach den Anträgen des Ausschusses angenommen. Auch die beantragten Resolutionen wurden angenommen, nur jene von der Aufhebung der Gestüte nicht; dafür eine neue von Rechbauer proponirte, daß die Soldaten in bürgerlichen Rechtsangelegenheiten den Civilgerichten zu überweisen seien. — Der Budgetausschuß der ungarischen Delegation nahm die ganze Dotation für den römischen Botschafter an.

Wien, 29. Februar. Das Tragen von Civilkleidern soll den Officieren größerer Garnisonorte bewilligt werden. Der Reichskriegsminister Baron Khun wird demnächst den Antrag, daß das Tragen von Waffen außer Dienst nicht gestattet werde, dem Kaiser vorlegen.

Prag, 29. Februar. (N. Fr. Pr.) Die Bohemia theilt einen Privatbrief aus Bukarest mit, in welchem es heißt, Fürst Karl wolle zwar die unabhängige Krone nicht vom Tische des Herrn nehmen, erwarte aber dieselbe als Morgengabe einer russischen Prinzessin zu gewinnen. Der jetzige Conflict mit der rumänischen Regierung würde zu einer Auflösung der Kammer und Einberufung einer Constituante führen, weil sich mit der gegenwärtigen Verfassung nicht regieren lasse.

Best, 29. Februar. Der „Ungarische Lloyd“ meldet: Bei Ihrer Majestät, höchstidener Zustand als ein vortrefflicher bezeichnet wird, finden häufig Diners im engsten Cirkel statt, zu welchen abwechselnd die hervorragendsten Notabilitäten geladen werden.

Man schreibt aus Berlin, daß die Idee der Gründung einer päpstlichen Nuntiatur am preußischen Hofe, welche Herr v. Bismarck nicht ohne Vorliebe in letzterer Zeit gehegt, nunmehr als definitiv aufgegeben betrachtet werden kann. Es sollen der Ausführung nicht so sehr in Rom, als vielmehr in den Intentionen der höchsten Kreise Berlins selbst unübersteigliche Hindernisse entgegengetreten sein.

Berlin, 29. Februar. Heute wurde die Session des preußischen Landtages geschlossen. Die Thronrede

sagt über die auswärtigen Beziehungen, daß Preußen mit Erfolg für den Frieden thätig gewesen sei. Diese Bestrebungen trugen die Bürgerschaft des Erfolges in sich.

München, 29. Februar. Die Abgeordnetenkammer hat den Gesegentwurf über Einführung der Civilehe abgelehnt.

Nizza, 29. Februar. König Ludwig I. von Baiern ist heute Vormittags um 8 Uhr 35 Minuten gestorben. (Weitand Sr. Majestät König Ludwig I. war geboren zu Straßburg am 25. August 1786, erreichte sonach das hohe Alter von 82 Jahren, succedirte allerhöchst seinem Vater, dem König Maximilian I., am 13. October 1825 und verzichtete zu Gunsten seines ältesten Sohnes, des höchstseligen Prinzen, dann Königs Maximilian II., auf die Krone mit Patent vom 20. März 1848; vermählte sich am 12. October 1810 mit Königin Therese (geb. 8. Juli 1792), Tochter des Herzogs Friedrich von Sachsen-Altenburg, die am 26. October 1852 verschied. Die beiden ältesten Söhne weiland Sr. Majestät sind allerhöchstdemselben ins Jenseits vorangegangen, Ihre Majestäten die Könige Maximilian II. von Baiern († 1864) und Otto I. von Griechenland († 1867); an seinem Sarge trauern zwei Söhne, Ihre k. Hoheiten die Prinzen Vuitpold (geb. 1821) und Adalbert (geb. 1828) und zwei Töchter, Ihre k. Hoheiten die Prinzessinnen Adalgunde und Alexandra.)

Köln, 29. Februar. Der „Köln. Ztg.“ wird aus Paris geschrieben: Vor einigen Tagen ist eine französische Note nach Rußland abgegangen; ihr Inhalt lautet nicht kategorisch verlegend. Der jetzige Augenblick wird in Paris als entscheidend für die orientalische Frage betrachtet. Die beunruhigenden Gerüchte von einer englischen Aufforderung zu gemeinsamer, gegen das Treiben Rußlands im Oriente gerichteter Vorgehen gelten als begründet und erregen deshalb an der Börse Besorgnisse. Auch die deutschen Angelegenheiten beunruhigen die Börse; es heißt, Prinz Napoleon werde in besonderer Mission nach Berlin entsendet werden.

Florenz, 29. Februar. Die „Opinione“ bestätigt, daß Prinz Napoleon in einer Specialmission betreffend die Ausführung des Prager Friedens sich nach Berlin begeben solle.

Paris, 29. Februar. Es wurden bis zum 31sten März alle Urlauber einberufen.

London, 28. Februar. Das Parlament wurde bis Donnerstag vertagt.

Belgrad, 29. Februar. Ein außerordentlicher Gesandter der Pforte ist hier im strengsten Incognito eingetroffen und hat sofort eine Unterredung mit dem Fürsten gehabt, dem er ein Schreiben des Sultans überreichte. Man spricht von wichtigen Zugeständnissen, die der Sultan dem Fürsten Michael anbiete.

Telegraphische Wechselcourse.

vom 29. Februar.

Spec. Metalliques 58.15. — Spec. Metalliques mit Mai- und November-Zinsen 58.60. — Spec. National-Anlehen 65.70. — 1860er Staatsanlehen 82.40. — Bancaen 707. — Creditactien 187.40. — London 117.05. — Silber 114.75. — R. l. Ducaten 5.60 1/2.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Nationalbank. Nach dem seit ausgegebenen Wochenansweise der Nationalbank zeigt der Banknotenlauf (242,444 230 fl.), gegen die Vorwoche eine Abnahme von 3,243 420 fl.; gleichzeitig vermehrte sich der Vorrath an Staatsnoten (2,419,101 fl.) um 34,497 fl. Der Cocomp (70 Millionen) verminderte sich um 3,562,801 fl., während der Lombard (24.6 Mill.) sich um 373,100 fl. vermehrte. Der Metallschatz (111,322 480 fl.) blieb unverändert; die in Metall zahlbaren Wechsel (37,709 173 fl.) vermehrten sich um 34,497 fl.

Zur Brotbereitung. Die Rennerungen auf dem Gebiete der Brotbereitung, welche der berühmte Gelehrte Dr. Liebig und vorschlägt, betreffen zwei wesentlich verschiedene Proceffe. Die eine gilt der Vermahlung, die andere der Verbackung selbst. Bezüglich des ersten Punktes ist es bekannt, daß die Mühlen gegenwärtig, indem sie sich dem verwöhnten Geschmacks des Publicums anpassen, welches Weißbrot verlangt, die Kleie von dem Mehle abschneiden, und daß, je vollkommener die eine Mühle dies vor der andern zu bewerkstelligen weiß, um so gesuchter ihre Mehle sind. Davon aber, wie schlecht dem consumirenden Publicum hiemit gedient ist, weiß letzteres nichts. Liebig weist nun aber in seinen chemischen Briefen nach, daß durch die Sonderung der Kornbestandtheile in Kleie und Mehl, gewisse Stoffe (Phosphate), welche für die Blutbildung von Wichtigkeit sind, mit in die Kleie

übergehen und dadurch der Nährwerth des Mehles, ganz unermesslich mehr, als dem Gewichte der abgeschiedenen Kleie entspricht, verringert wird. Achtzig Pfund Mehl, aus hundert Pfund Korn entsprossen also nicht 80 pCt. vom wahren Nährwerthe des Kornes, sondern weniger; bei seinen Mehlsorten ist der Verlust nicht minder als 15 pCt. Das weißeste Brot ist daher auch stets das schlechteste mit Bezug auf seine Nährkraft. In Folge dessen verlangt der berühmte Gelehrte Brot aus ganzem Korn, d. h. Mitvermahlung der Kleie, wodurch das, was die Natur aufs weiseste gemischt ins Korn gelegt hat, erhalten bleibe. Von dem groben Ansehen des Schrotbrotes wisse der Magen nichts, wohl aber sei dessen unschätzbare Wirkung, namentlich wenn dasselbe mit etwas Roggen vermischt ist, für Personen mit träger Verdauung von den Aerzten längst anerkannt. Mit Bezug auf den von ihm aufgestellten Satz, daß eine Ration Brot aus Mehl von ganzem Korn weiter reiche als eine gleiche Ration aus andern Mehle, fügt Liebig erläuternd bei, daß damit indessen nicht gesagt sei, eine Haushaltung, in welcher der Brotschrank immer offen stehe, genieße darum nun weniger von diesem Brote, als von andern; bei ihm wenigstens sei dies nicht der Fall. Das Naturgesetz im Menschen, der Instinct, schmecke eben jederzeit sicher heraus, was ihm zuträglich sei, und so habe denn das Schrotbrot vermöge seines besondern Wohlgeschmacks auch das Eigenthümliche, daß man davon nicht weniger esse, als von andern Broten. Allein es fähige mehr, als das gewöhnliche Brot, und über eine gewisse Grenze hinaus genossen, verderbe es, wie man sich ausdrückt, sogar den Appetit, d. h. man genieße weniger von andern Speisen. Bei dem feinen Brote ist es umgekehrt, es sättigt lange nicht in gleichem Maße.

Lieferung von Eisenbahnschienen. Für das Jahr 1868 wurden seitens der österreichischen Eisenbahn-Verwaltungen mit in- und ausländischen Fabriken wegen Lieferung von 120,000,000 Pfund gewalserter Eisenbahnschienen Verträge abgeschlossen. Der größte Theil, und zwar 80,000,000 Pfund, wird von inländischen Fabriken erzeugt, der Rest jedoch theils in Deutschland, theils in Frankreich. Für die aus dem Auslande importirten Schienen sind erhebliche Zollbegünstigungen gewährt worden.

Laibach, 29. Februar. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 5 Wagen mit Getreide, 35 Wagen und 4 Schiffe (20 Klasten) mit Holz.

Durchschnittspreise.

Table with 4 columns: Item, Price, Item, Price. Includes items like Weizen pr. Megen, Korn, Gerste, Hafer, Halbfucht, Heiden, Hirse, Kukuruz, Erdäpfel, Rinsen, Erbsen, Hülsen, Rindschmalz, Schweineschmalz, Speck, frisch, geräuchert, Butter pr. Pfund, Eier pr. Stück, Milch pr. Maß, Rindfleisch pr. Pfd., Kalbfleisch, Schweinefleisch, Schaffensfleisch, Hühner pr. Stück, Tauben, Hen pr. Zentner, Stroh, Holz, hart, pr. Kist., weich, Wein, rother, pr. Eimer, weißer.

Ungekommene Fremde.

Am 28. Februar.

Stadt Wien. Die Herren: Perz, Handelsm., und Sepp, Mühlenfabrikant, von Graz. — Erler, Handelsm., von Witterdorf. — Rohole, Handelsm., von Kofel. — Martin, Handelsm., von Vordeaur. — Waldmann, Agent, von Böhm.-Rannitz. — Wagner, Kaufm., von Stuttgart. — Ruffbaum, Kaufm., von München. — Ruber und Böschel, Kaufst., von Wien. — Deutschert, Kaufm., von Bresslau. Elephant. Herr Kemperle, Privatier, von Triest. Wilder Mann. Herr Weimann, Chorführer, von Graz. — Fr. Fratayini, Schneidermeister, aus Dalmatien. Kaiser von Oesterreich. Herr Wersia, Sonighändler, aus der Türkei.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with 10 columns: Date, Time, Barometer, Wind, Clouds, Rain, etc. Includes data for 29. 2. and 10. 2. with various weather conditions like 'schwach', 'mäßig', 'Regen'.

Den 29. Februar: Morgenroth. Zunehmende Bewölkung. Nach 8 Uhr Abends schwacher Regen, der erste Niederschlag seit 5 Wochen. Des Schnees in der Ebene heinake ganz verschwunden. — Den 1. März: Regenwolken aus SW mit Sonnenschein wechselnd. Nachmittags Regenschauer. Strichregen. Mondhof. Das Mittel der Tagewärme war am 29. Februar um 4 2/3, am 1ten März um 6 1/2 höher als das Normalmittel.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinsauer

Börsenbericht. Wien, 28. Februar Die laune Stimmung der Börse, zu welcher sich noch der knappe Geldmarkt gesellte, gab sich durch bedeutende Rückgänge aller Effectengattungen zu erkennen, während Devisen und Valuten feiser schlossen. Geschäft limitirt.

Large table with multiple columns: Öffentliche Schuld, Geld Waare, Nationalbank, Actien, Pfandbriefe, Cours der Geldsorten. Includes various financial data and exchange rates.